

Abschrift

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR DEN  
MARSHALLPLAN

Bad Godesberg, 5. Januar 1953

Az: II/549/52 geh.

Geheim

An das  
Auswärtige Amt  
B o n n

Betr.: Niederländische Vorschläge für die Zuständigkeit der Europäischen Politischen Gemeinschaft in wirtschaftlichen Fragen.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22.12.52 - 224-00 II 567/52 g.

Wunschgemäß nehme ich im folgenden zu dem mir übermittelten Schreiben des niederländischen Aussenministers an den Herrn Bundeskanzler nebst anliegendem Memorandum Stellung. Es handelt sich hierbei nur um eine vorläufige Stellungnahme. Die Durchsicht der mir überlassenen Übersetzung veranlasst mich zunächst zu der Bitte, mir Abschrift der Originalschreiben freundlicherweise zuleiten zu wollen, da einige Formulierungen der Übersetzung die Vermutung nahelegen, dass durch einen Vergleich mit dem Originaltext vielleicht doch noch eine grössere Präzisierung der holländischen Anregungen möglich sein wird. Dies vorausgeschickt, nehme ich zur Sache wie folgt Stellung:

1. Ich schlage vor, zur endgültigen Beurteilung der holländischen Anregungen den Bericht mit heranzuziehen, der im Heft 7 der "Ausgewählten Berichte" des Auswärtigen Amtes über die Benelux-Probleme enthalten ist. Anhand dieses Berichts sollte geprüft werden, wieweit die holländischen Anregungen gewissen Widerständen zu begegnen, die offenbar von belgischer Seite gegenüber holländischen Wünschen im Rahmen der Benelux-Zusammenarbeit aufgetreten sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch anregen, die Deutsche Botschaft in Brüssel aufzufordern, über die Aufnahme des holländischen Schrittes durch die belgische Regierung mög-

lichtst umgehend zu berichten.

2. Der sachliche Kern der holländischen Vorschläge - von einer Stellungnahme zu den institutionellen Anregungen sehe ich wunschgemäß vorläufig ab - scheint mir darin zu bestehen, dass eine umfassende Zollunion der Schumanplanländer vorgesehen wird mit der Massgabe, dass die wirtschaftlichen Schädigungen, die in einer gewissen Übergangszeit in den einzelnen Ländern durch Aufhebung der Zollgrenzen verursacht werden könnten, durch eine gemeinsame Finanzhilfe aller beteiligten Länder ausgeglichen werden sollten. Ähnliche Vorschläge sind im Laufe des Jahres 1950 von dem damaligen holländischen Aussenminister Stikker im Rahmen der OEEC zur Förderung der Integration gemacht worden. Es liegen umfassende branchenmäßige Vorarbeiten bei der OEEC vor, die zur Beurteilung der neuen holländischen Vorschläge herangezogen werden sollten. Sie beziehen sich auf eine große Reihe von Warengruppen bzw. Industriezweigen. Ich habe veranlasst, dass in meinem Hause eine Übersicht über den derzeitigen Stand dieser Integrationsstudien und über die dabei zutage geförderten Ergebnisse bzw. Feststellungen vorbereitet und dem Auswärtigen Amt sowie dem Wirtschaftsministerium zugeleitet wird.
3. Vom europäischen Standpunkt aus ist es zweifelsohne sehr positiv zu werten, dass die kürzlich stattgefundene Commonwealth-Konferenz in London einen Plan abgelehnt hat, der von einigen Mitgliedern des Commonwealth in Vorschlag gebracht wurde, nämlich beim GATT eine Sondergenehmigung für einen weiteren Ausbau der Zollpräferenzen innerhalb des Commonwealth zu beantragen. Im Interesse der Förderung eines möglichst multilateralen Welthandels sind m.E. alle Bestrebungen sehr kritisch zu betrachten, die letzten Endes auf die Schaffung neuer Diskriminierungen im Bereich der Zölle hinauslaufen. Demgegenüber erscheint es mir wünschenswert, zu überprüfen, wieweit im weltweiten Rahmen des GATT oder zumindest im Rahmen der OEEC branchenweise ein Zollabbau, der für alle Mitgliedstaaten verbindlich sein müsste, angestrebt werden sollte und könnte.

4. Der holländische Vorschlag berücksichtigt m.E. das Zentralproblem des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs zu wenig bzw. garnicht, nämlich das Währungsproblem. M.E. kann auch auf dem Zollgebiet nur dann mit Aussicht auf praktische Erfolge gearbeitet werden, wenn zuvor die Probleme der Währungen und des Zahlungsverkehrs einer Lösung nähergebracht werden. Ich würde es für wünschenswert halten, die Arbeit aller hierfür in Frage kommenden internationalen Gremien zunächst einmal auf die Probleme der Währungen und des Zahlungsverkehrs zu konzentrieren, in jedem Falle aber sollte man neue Anregungen nur aufgreifen, wenn sichergestellt werden kann, dass zuvor die Probleme der Währungen und des Zahlungsverkehrs einer praktischen Lösung nähergebracht werden.

5. Ich möchte diesen wirtschaftlichen Überlegungen noch einen politischen Gedanken anfügen:

Ich bin der Auffassung, dass alles darauf ankommt, die Arbeiten zu einem positiven Abschluss zu führen, die mit dem Ziele einer stärkeren politischen Integration Europas eingeleitet worden sind. Ich denke hierbei in erster Linie an den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers, zur Vorbereitung einer politischen Integration regelmäßige Konferenzen der Ministerpräsidenten abzuhalten. Ich denke auch an die der sogenannten Ad-hoc-Kommission gestellten Aufgabe der Schaffung einer europäischen Verfassung. Ich bin der Auffassung, dass wir diese Arbeiten nur unnötig komplizieren und belasten, wenn wir zugleich eine Fülle von Einzelproblemen aufgreifen, welche Teillösungen auf wirtschaftlichem Gebiet anstreben. Ich darf daran erinnern, dass das Schicksal der europäischen Agrarunion noch völlig ungewiss ist und bin der Meinung, dass es der Förderung des Integrationsgedankens in Europa nur dienen würde, wenn der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Eisen zunächst einmal Gelegenheit gegeben würde, sich in vollem Umfange funktionsfähig zu machen und sich zu bewähren. Auch hierzu gehört in erster Linie eine Lösung der Währungs- und Zahlungsverkehrspro-

- 4 -

bleme.

Ich komme somit zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass der holländische Vorschlag als solcher noch einer sehr sorgfältigen Detailprüfung bedarf, für deren Einleitung ich gewisse Vorsorge im Vorstehenden zu machen mir erlaubt habe, und dass es darüber hinaus wohl Sache einer grundsätzlichen politischen Entscheidung wäre, ob wirklich eine zwingende Notwendigkeit besteht, im gegenwärtigen Augenblick die schwierigen politischen Aufgaben noch durch die Inangriffnahme zusätzlicher Zidsetzung zu komplizieren.

Im Auftrag:

gez. Dr. Albrecht

F.B.R.

gez. Ständer

( Ständer)